

Rede

„DIESER HAUSHALT IST EIN ETAT DER RESILIENZ“

**von Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Vorsitzende der SPD-
Landtagsfraktion, anlässlich der Aussprache des
Landeshaushaltsgesetzes 2023/2024
(LHG 2023/2024)
am 20. Dezember 2022**

Sperrfrist: Redebeginn.
Unkorrigiertes Redemanuskript.
Es gilt das gesprochene Wort.



V.i.S.d.P.

Markus Kuhlen
Pressesprecher

**SPD-Fraktion im Landtag
Rheinland-Pfalz**

Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 Mainz

T 06131-208-3218

F 06131-208-4217

Markus.Kuhlen@spd.landtag.rlp.de

www.spdfraktion-rlp.de

Sehr geehrter Landtagspräsident,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

viele Menschen in Rheinland-Pfalz trifft das Leben derzeit mit großer Härte:

- den Bettler, der am Rand des Weihnachtsmarkts kauert,
- den Rentner, dem die Inflation sein Monatseinkommen wegfrisst,
- die sogenannte Mittelstands-Familie, die sich in diesem Jahr bei Geschenken für die Kinder zurückhalten muss.

Es ist unsere Aufgabe, diese Menschen besonders im Blick zu haben. Als Ampel-Koalition versuchen wir dies und haben daher jüngst nochmal mit Änderungsanträgen nachgeschärft. Wir erhöhen die Mittel für Schuldnerberatung, Wohlfahrtsverbände, Tafeln und Verbraucherberatung im Doppelhaushalt um 530.000 Euro. Wir legen so ein Augenmerk auf Bedürftige und ärmere Menschen.

Es geht uns darum, dass Menschen individuell geholfen wird. Diese persönliche Unterstützung ist das eine. Eine zukunftsgerichtete strukturelle Hilfe ist das andere. Welche Strategie wir hierfür verfolgen, werde ich nun darlegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dieser Doppelhaushalt erzählt **mehrere Geschichten**. Bei der Beratung im Oktober habe ich aufgezeigt, warum dieser Etat aufs engste **mit europäischen Entwicklungen** verwoben ist. Genauso ist dies **ein Haushalt des sozialen Zusammenhalts**.

So wie jedes gute Buch verschieden interpretiert werden kann, trifft dies auch auf diesen Doppelhaushalt zu. Lassen Sie mich also **eine weitere Lesart** einbringen. Dieser Haushalt ist ein **Etat der Resilienz**, ein Etat der **Schaffung von Problemlösungskapazitäten**. Als Ampel-Koalition **vergrößern wir mit diesem Haushalt unseren Werkzeugkasten, damit unser Bundesland widerstandsfähiger wird**. Dies sage ich auch in dem Bewusstsein, dass das Ahrtal im Jahr 2021 von einer schrecklichen Flutkatastrophe heimgesucht wurde, die Rheinland-Pfalz noch viele Jahre beschäftigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es gibt kaum einen **Ratgebertext oder ein Alltagspsychologie-Buch, in dem nicht von Resilienz die Rede ist. Auch wirtschaftspolitische oder geostrategische Analysen kommen nicht ohne dieses Schlüsselwort aus**. Und so kann man auch mit dem Begriff gut beschreiben, wohin wir Rheinland-Pfalz weiterentwickeln wollen – hin zu einem Land, das

angesichts komplexer Risiken handlungsfähig bleibt. Hin zu einem Land, das seine Verwundbarkeit weiter abbaut. **Dies bezieht sich auf Katastrophen, Kriege und Konflikte. Dies meint auch Flüchtlinge in großer Zahl, gestörte Lieferketten oder geopolitische Spannungen.** Es geht darum, als Staat Menschen, Unternehmen, Vereine und Organisationen zu befähigen, krisenhafte Einschläge bestmöglich zu verkraften.

Wie wir das erreichen wollen, zeige ich zunächst anhand von zwei Änderungsanträgen, sogenannten Deckblättern, mit denen wir im Resilienz-Sinne nachschärfen:

Die Bewältigung des Fachkräftemangels ist eine der größten Herausforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft. Wir benötigen genügend gut ausgebildete Menschen, um unter Zeitdruck neue Lösungen umzusetzen. Als beispielsweise Anfang des Jahres deutlich wurde, dass sich Energie dauerhaft verteuert, wollte **Deutschland sofort einen Zahn zulegen beim Photovoltaikausbau, bei der Häuserdämmung und dem Einsatz von Wärmepumpen.**

Seitdem wurde viel erreicht. Manche Fortschritte scheitern aber am Fachkräftemangel in Handwerksberufen. Als Ampel-Koalition ziehen wir daraus Konsequenzen: **Wir stärken in den kommenden Jahren den Kampf gegen den Fachkräftemangel und bauen beispielsweise das Erfolgs-Projekt „Übergangskoach“ aus.** Wir stellen 500.000 Euro

zusätzlich zur Verfügung, um Schüler*Innen auf dem Weg hin zu
Berufsbereife und zur Ausbildung zu unterstützen. Unser Ziel: **Junge
Menschen früh für eine Berufsausbildung begeistern, sodass sie
mittelfristig unsere Wirtschaft widerstandsfähiger machen.**

Auch ein zweites Beispiel betrifft die Energie, nämlich die Förderung von
Wasserstoff und dazugehörigen Technologien. **Gerade für Rheinland-
Pfalz mit seiner energieintensiven Industrie ist klimaneutraler
Wasserstoff die Quelle der Zukunft.** Wir ermöglichen daher, dass die
künftige Innovationsagentur auch die Aufgabe einer Wasserstoff-
Koordinierungsstelle übernimmt. Und wir fördern eine
Machbarkeitsstudie zur Entwicklung von Wasserstoff-Hubs an
Binnenhäfen. Wir werden in den kommenden beiden Jahren insgesamt 25
Millionen Euro bereitstellen – über das neue Kommunale
Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation „Kipki“.

Rheinland-Pfalz wird durch diese Maßnahmen robuster und resilienter.
**Wir erreichen sogar, dass Rheinland-Pfalz gut durch DIE Krisen kommt,
die wir heute noch gar nicht kennen.**

**Wir werden mit dem vorliegenden Doppelhaushalt nicht alle aktuellen
Probleme knacken.** Aber wir richten unsere Politik **an den richtigen
Fixpunkten** aus: Wir stehen für ein soziales, klimaneutrales und
zukunftsorientiertes Wirtschaften und Zusammenleben. An der Stelle
möchte ich Doris Ahnen danken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch andere Deckblätter betreffen die aktuelle Energie- und Wirtschaftskrise. Gemeinsam mit dem Bund haben die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten in diesem Jahr Zusammenhalts-Pakete beschlossen, die beispiellos sind.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass allein das dritte Entlastungspaket im Landeshaushalt kommenden Jahr zu Kosten von **mehr als 700 Millionen Euro** führt. Die Belastung entsteht zum größeren Teil in Form geringerer Steuereinnahmen.

Zudem muss das Land auf der Ausgabenseite eine hohe Geld-Summe einbringen – wegen des Deutschlandtickets und der Reform des Wohngelds, mit der der Kreis der Berechtigten und die Höhe der Unterstützung deutlich ausgeweitet werden.

Hier obendrauf packen wir Entlastungsmaßnahmen des Landes: **Für die Unternehmen** steht weiterhin der höhere Bürgschaftsrahmen zur Verfügung. **Für die Versorgungsempfänger** gibt es eine Energiepreispauschale von 300 Euro. **Für die Hochschulen** sind deutliche Zusatzmittel vorgesehen, um die Energiekosten zu stemmen. Auf Initiative von **Clemens Hoch** planen wir für Mehraufwendungen bei der Bewirtschaftung im Hochschul-Bereich eine globale Mehrausgabe von jeweils über 30 Millionen Euro ein.

Und im Doppelhaushalt ist eine 200-Millionen-Euro-Reserve veranschlagt, um bei Bedarf kurzfristige Unterstützung zu ermöglichen. **Diese Reserve steht uns zur Verfügung, nicht weil Doris Ahnen im Finanzministerium einen Goldesel hält, sondern weil wir seit Jahren verantwortungsbewusst wirtschaften.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die 200-Millionen-Reserve verschafft uns Resilienz. Sie ergänzt sich gut mit der schon bestehenden Widerstandsfähigkeit unseres Landes, die in der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kraft begründet ist. In den Familien und Einzelpersonen, in den Unternehmen und Organisationen. Und natürlich in den Vereinen. Ohne sie würde Rheinland-Pfalz faktisch und auch emotional auseinanderbrechen.

Mit den Ampel-Deckblättern stärken wir daher nochmal die Vereine: Wir führen die bestehenden Hilfen wie den Schutzschild für Vereine in Not fort. Es stehen rund 4,5 Millionen Euro für Vereine beziehungsweise 2 Millionen Euro für Sportvereine zur Verfügung. Und die Vereine profitieren zusätzlich von der Energie- und Strompreisbremse.

Zudem stärken wir gezielt unsere Demokratie. Wir bauen Demokratieförderprojekte aus; exemplarisch hierfür stehen 200.000 Euro für das Erfolgsprojekt m*Power.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und den Freien Wählern,

es ist sehr gut, dass Sie gemeinsam mit uns die Gedenkarbeit weiterentwickeln. **Es ist ein starkes Signal, dass alle demokratischen Fraktionen gemeinsam ein Deckblatt hierfür eingebracht haben** – für Projekte zur Extremismusprävention, zur Demokratiebildung und zu Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit. Auch dieser Änderungsantrag ist ein Beitrag, um unsere Demokratie resilienter gegen Angriffe von Verfassungsfeinden zu machen.

Die jüngsten Nachrichten haben deutlich gemacht, wie wichtig dieser Kampf ist – sei es im präventiven Bereich oder im repressiven Bereich.

Vor zwei Wochen haben Sicherheitskräfte eine Groß-Razzia bei Extremisten, Verfassungsfeinden und Reichsbürgern durchführen müssen. Es waren rund 3.000 Beamte in elf Bundesländern im Einsatz, auch in vier Objekten in Rheinland-Pfalz. Die Ermittler werfen den Beschuldigten vor, einen Umsturz des politischen Systems und einen Überfall auf den Deutschen Bundestag geplant zu haben. **Eine der Beschuldigten ist eine ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete, die – hier könnten Sie von der AfD ja mal für Transparenz sorgen – vielleicht auch schon auf AfD-Veranstaltungen in Rheinland-Pfalz gesprochen hat.**

Aus meiner Sicht müssen wir Konsequenzen aus dem Aufgedeckten ziehen. Es sollte das Disziplinarrecht verschärft werden, um

Verfassungsfeinde schneller aus dem Staatsdienst entfernen zu können. Es sollte das Waffenrecht – soweit möglich – verbessert werden. Und zudem sollten die Verfassungsschützer bundesweit prüfen, inwieweit sie die AfD intensiver beobachten können. Denn die Razzia hat abermals eine enge Verbindung der gewaltbereiten rechtsextremen Szene mit der AfD gezeigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

hier nur kurz zu den kruden AfD-Deckblättern zum Doppelhaushalt: Zum einen reichte die AfD – wie schon sehr oft – Deckblätter gegen Geflüchtete, gegen politische Bildung, gegen Vielfalt, gegen Umweltschutz und gegen Präventivmaßnahmen gegen Rechtsextremismus ein. So soll ein Ansatz gestrichen werden, um den Fokus von Rechtsextremismus wegzulenken. Es zeigt sich: **Die AfD will einen Rechtsstaat, der auf dem rechten Auge nahezu blind ist, sodass Rechtsradikale ungestört agieren können!**

Und zum anderen will die AfD alles dafür tun, dass weiterhin Männer bevorzugt und begünstigt werden. Die AfD will Zuschüsse für Frauenorganisationen kürzen und zwar mit der Begründung, dass ZITAT „die Gleichberechtigung von Frauen und Männern [...] gesellschaftlich realisiert“ sei. Fakten interessieren die AfD nicht, etwa, dass viele Frauen

kein existenzsicherndes Einkommen haben. Dass viele Frauen weniger als Männer verdienen und geringere Renten beziehen. Und dass Frauen weiterhin in Führungsfunktionen von Politik und Wirtschaft unterrepräsentiert sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ja, als Ampel-Koalition machen wir nicht Politik zuvorderst für Männer, schon gar nicht für alte weiße Männer. Als Rheinland-Pfalz-Ampel wollen wir ein solidarisches, klimaneutrales, weltoffenes und wirtschaftlich erfolgreiches Land. Dieses Ziel schweißt uns immer wieder zusammen.

Und nebenbei bemerkt: **Es ist eine Wohltat, dass in Rheinland-Pfalz nicht passiert, was aus Berlin ein bisschen nervt. Dort überkommt es Politiker*Innen aus allen Parteien immer mal wieder, mehr an das eigene Ego zu denken als an eine erfolgreiche Regierungspolitik.**

Es ist kein Zufall, dass Malu Dreyer ihren Platz stets in Rheinland-Pfalz gesehen hat und dort weiterhin sieht. Hierfür ist ihr zu danken. Sie wird übrigens am 16. Januar ihr 10-jähriges Amtsjubiläum feiern. Ich möchte sie heute stichpunktartig mit zehn Worten würdigen:

Altlasten-Aufräumerin. Krisen-Bewältigerin. Landesmutter. Feministin.
Macherin. Frühere Sozialministerin und natürlich: Zukunftsfrau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Etat 2023/2024 schicken wir den rheinland-pfälzischen Kommunen ein deutliches Fanfarensignal. Wir haben jüngst ein neues Finanzausgleichsgesetz installiert UND sorgen dafür, dass 2023 die Mittel für die Kreise, Städte und Gemeinden auf einen Schlag um eine riesige Summe wachsen: um 357 Millionen Euro. Die kommunalen Gebietskörperschaften erhalten künftig über 3,8 Milliarden Euro aus der Finanzausgleichsmasse. Das ist historisch!

Unseren zweiten Sprung haben wir längst zur Landung gebracht, das Kipki. Und der dritte Satz unseres kommunalen Dreisprungs ist die Altschulden-Übernahme: Wir werden die **Kommunen jenseits eines Sockelbetrags von der Hälfte ihrer Liquiditätskredite in einem Gesamtumfang bis zu drei Milliarden Euro befreien.** Morgen beraten wir in erster Lesung das Ausführungsgesetz dazu.

Unter dem Strich nutzen wir im Doppelhaushalt die vorhandene Rücklage zur Stärkung der kommunalen Familie: Es werden aus ihr 750 Millionen Euro für die Finanzierung des Entschuldungsprogramms und des Kipkis

entnommen. Dies ist exakt der Betrag, der aus dem Jahresüberschuss 2021 der Rücklage zugeführt worden war.

Besondere Beachtung im Doppelhaushalt finden die Ahrtal-Kommunen:

Im Etat unterstützen wir die von der Flut betroffenen Städte, Gemeinden und den Landkreis – mit Haushaltsstellen bei der ADD und dem LBM sowie mit der Elektrifizierung der Ahrtalbahn und Eifelstrecke. Hierfür stellen wir zusätzliche 38,1 Millionen Euro bereit. So verbinden wir den Wiederaufbau mit Modernisierung und Klimaneutralität. **Wir wollen E-Züge, nicht Dampfzöser.**

Und lassen Sie mich an der Stelle noch ein Zukunftsthema streifen, das gerade überall aufploppt: Mit dem Doppelhaushalt setzen wir auf weitere Verbesserungen bei der gesundheitlichen Versorgung in Rheinland-Pfalz. Warum? Auch um resilienter bei Pandemien und gesundheitlichen Notlagen agieren zu können. Hierzu gehört für mich, dass wir in Europa, Deutschland und Rheinland-Pfalz die Arzneimittelherstellung stärken. Es kann nicht sein, dass Eltern aufgrund gestörter Lieferketten nicht die notwendigen Medikamente für ihre kranken Kinder erhalten.

Wir brauchen keine Medikamenten-Flohmärkte, wie es jüngst im Radio empfohlen wurde, sondern mehr Produktionskapazitäten. Wir sehen in der Pharma-Industrie nicht das Böse, sondern einen Partner, um Deutschland und Rheinland-Pfalz resilienter zu machen. Als kurzfristige Maßnahme steht unser Bundesgesundheitsminister in der Pflicht zu

prüfen, wie zeitnah eine zentrale Beschaffung wichtiger Medikamente umgesetzt werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in diesem Haushalt schlagen unsere zwei landespolitischen Herzkammern verlässlich, die Bildung und die Innere Sicherheit. Der Einzelplan 09 umfasst ein Viertel des gesamten Landeshaushalts, er ist mit 5,8 Milliarden Euro im Jahr 2024 aus gutem Grund der finanzstärkste Einzelplan.

Auch mit Deckblättern schärfen wir nach: Wir festigen die Förderung der Basiskompetenzen von Kindern – das Lesen, Schreiben und Rechnen. Wir erhöhen die Mittel für Schulsozialarbeit, für den Schwimmsport an Schulen und für Integrationsmaßnahmen von Kindern und Jugendlichen. Das Ministerium von **Stefanie Hubig** leistet so seinen Beitrag, dass in den Schulen Kinder früh lernen können, Resilienz aufzubauen.

Ebenso gut sind wir im Bereich der Inneren Sicherheit: **Der Polizeibereich wird im Jahr 2024 die wichtige Zielmarke von rund 10.000 ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten erreichen, und wir werden dafür sorgen, dass dieser Höchststand dauerhaft bestehen bleibt.** Zudem wird die Effizienz der Polizeiarbeit durch eine verbesserte

Ausstattung optimiert – etwa durch die Ersatzbeschaffung der beiden Polizeihubschrauber.

Unserer Fraktion ist sehr wichtig, die Gesundheitsversorgung bei der Polizei weiter zu stärken. Denn manche Einsätze führen zu hohen physischen und psychischen Belastungen. Es ist daher notwendig, dass wir das Gesundheitsmanagement bei der Polizei weiter verbessern und eine zusätzliche Stelle für eine psychotherapeutische Fachkraft schaffen. **Michael Ebling wird die Herausforderungen, vor denen unsere Sicherheitskräfte immerzu stehen, managen.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

um die Transformation so zu gestalten, dass Rheinland-Pfalz zum Zukunfts-Gewinner und unser Arbeitsmarkt noch robuster wird, stellen wir für die Arbeitsmarktpolitik in den kommenden beiden Jahren mehr als 73 Millionen Euro bereit – einschließlich von EU-Mitteln. **Alexander Schweitzer** ist und bleibt auch unser Vorkämpfer gegen Cybergefahren und für die Vielzahl an Digital-, Arbeitsmarkt- und Zukunftsthemen.

Nicht nachlassen werden wir bei Verkehr und der Schaffung einer nachhaltigen Mobilität. Aus diesem Grund investieren wir in den Straßenbau, in die Verbesserung des Radverkehrssystems und den Öffentlichen Nahverkehr, der ein großes Potential zur Reduktion der

CO₂-Emissionen hat. Es ist völlig richtig, dass Bund und Länder ein Deutschlandticket vereinbart haben. **Auch wenn dieses für uns ein finanzieller Kraftakt ist: Als Land werden wir in die Umsetzung des Tickets 75 Millionen Euro jährlich investieren.** Diese Maßnahme passt zu unseren vielfältigen Anstrengungen im Kampf gegen die Klimakrise.

Und wir wappnen uns, um in Krisenmomenten bestmöglich agieren zu können. Wir gestalten mit Deckblättern den Aufbau der neuen zentralen Landeseinrichtung für den Katastrophen- und Bevölkerungsschutz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich habe unsere Resilienz-Änderungsvorschläge skizziert. Lassen Sie mich nun auf die Deckblätter der Opposition eingehen, zunächst zur CDU. Da finden sich schon **sonderbare Einzelvorschläge:**

So bringt die selbst ernannte Wirtschaftspartei mehrere Deckblätter mit Mittelreduzierungen ein, die man unter der Überschrift „Innovationsfeindlichkeit“ zusammenfassen kann. So will die CDU die Innovationsförderung in privaten Unternehmen im kommenden Jahr um 500.000 Euro reduzieren. Ihr Deckblatt hätte zur Folge, der Innovationsförderung dringend benötigte Mittel zu entziehen. Die Förderung von technologieorientierten Unternehmen würde

zurückgefahren. **Nein, wir als Ampel wollen den Wirtschaftsstandort RLP nicht schwächen, die CDU anscheinend schon!**

Sogar zwei Millionen Euro will die CDU bei Maßnahmen zur Verbesserung des Technologietransfers abbauen. Die Folge wäre, dass die Innovationsagentur nicht eingerichtet werden könnte. **Unternehmen, Gründungswillige, die Wissenschaft, Institute und die Partner in den Kammern würden bei den Transformationsprozessen weniger Unterstützung erfahren.**

Und als Drittes mal ein Beispiel, das zeigt, wie ambitionslos die CDU ist:

Aufgrund der wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Kriegs haben wir als Koalition entschieden, die Zuschüsse für den Verbraucherschutz deutlich zu erhöhen. Offenbar sieht die CDU das ähnlich, geht aber nur halbherzig vor und will deutlich weniger Mittel in dem Bereich.

Lieber Herr Baldauf,

ja, es gibt auch sehr viele Stellen, an denen Sie deutlich mehr Geld ausgeben wollen. So wollen Sie etwa einen Härtefallfond über zehn Millionen Euro für kleine und mittlere Unternehmen. **Aber auch an der Stelle machen Sie keinen Stich! Denn Sie verkennen, dass wir für genau solche Notlagen 200 Millionen Euro im Haushalt eingestellt haben.**

Ich werde hier nicht auf all ihre Deckblätter-Details eingehen. Eins kann man aber pauschal sagen: **Mit einer soliden Gegenfinanzierung haben Sie es nicht so!**

Als CDU setzen sie entweder auf Pseudo-Gegenfinanzierungsvorschläge wie globale Minderausgaben oder Sie wollen Ihre dauerhaften Zusatzausgaben finanzieren, indem Sie die einmalige Rücklage des Landes abbauen.

Allein im Jahr 2024 sollen 102 Millionen Euro aus der Rücklage genommen werden. Ich buchstabiere ihre Wunder-Strategie mal aus: Sie planen, einmalig in ein Geldsäckchen zu greifen, das dann leer wäre; und dieses einmal ergriffene Geld soll dann Jahr für Jahr, bis in die Ewigkeit, zur Finanzierung verwendet werden. Wie absurd ihr Gegenfinanzierungsvorschlag ist, wird sehr deutlich, wenn man nicht nur einen Haushalt betrachtet, sondern mehrere: Schon im vergangenen Jahr wollten Sie die Rücklage schröpfen. Diese Rücklage gäbe es also eigentlich gar nicht mehr, wenn die CDU ihre Finanzpolitik hätte umsetzen können.

Das Pulverisieren der Rücklage ist übrigens auch kurzsichtig. **Denn die Rücklage ist ja für zukünftige Herausforderungen vorgesehen, die wir jetzt noch nicht kennen. Gerade in diesen Resilienz-Zeiten sind Rücklagen notwendig.**

Ich kann zusammenfassen: Die CDU steht für eine kurzsichtige, unseriöse und jedes Jahr wiederkehrende Finanzpolitik.

Die CDU gebärt sich ein bisschen wie Butler James bei Dinner for One. Sie stolpert durch den finanzpolitischen Raum und nimmt Runde für Runde einen Schluck aus der Pulle. Besser wird's dadurch nicht. Zu sehen gibt's ein finanzpolitisches Rumtorkeln.

Manchmal frage ich mich, ob die CDU selbst glaubt, mit solchen Durchwurschtel-Strategien mehr Menschen von ihrer Politik zu überzeugen. **Man fragt sich, warum die Rheinland-Pfalz-CDU Erneuerung schon gefühlt hundertmal versucht hat, aber keinen Meter vorangekommen ist.**

Eine Antwort ist vielleicht: Es ist wohl doch kein Erfolgsrezept, wenn die gleiche Person Partei- und Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat ist. **Wir als SPD zeigen, wie eine Ämterteilung an der Spitze dauerhaft zum Erfolg führt - und so wird es bleiben.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Freien Wählern,

es bleibt mysteriös, welche politische Linie Sie verfolgen. Anbei aufgrund der Kürze der Zeit mal zwei Beispiel:

Sie wollen einen Härtefallfonds für benachteiligte Kommunen mit 100 Millionen Euro ausstatten: Dieses Geld sehen Sie für alle Kommunen vor, die durch die Neuregelung des LFAG schlechter gestellt werden. **Nach Ihrem Modell müsste also auch Mainz, das gerade einen Geldregen genießt, höhere Zuweisungen erhalten.** Sie machen es sich offenbar sehr einfach getreu des Mottos: Warum ein kompliziertes System schaffen, das Bedarfe berücksichtigt und Gerechtigkeit sicherstellt, wenn „Freibier für alle“ doch auch gut ist?

Eine Fußnote noch hierzu: Die Höhe ihres 100-Millionen-Euro-Fonds ist völlig willkürlich gesetzt und nirgends begründet. **Und wenn man sich mit Ihrer Gegenfinanzierung befasst, hat man den Eindruck: Sie hoffen, dass das Christkind schon das viele Geld bringen wird.**

Ich musste übrigens bei noch weiteren Deckblättern von Ihnen an „Alle Jahre wieder denken!“ Im Einzelplan 08 wurden sechs ihrer 14 Deckblätter deckungsgleich bereits im Haushalt 2022 gestellt. Als ob sich seitdem die Welt nicht verändert hätte. **Diese Copy-and-Paste-Deckblätter betreffen übrigens jenen Einzelplan, der für Innovation, Neuentwicklungen und Erfindergeist steht.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich habe aufgezeigt, warum wir als Gesellschaft und als Staat Resilienz aufbauen müssen, um unsere Freiheit zu verteidigen. Ebenso müssen wir jene unterstützen, die derzeit dafür kämpfen, in Freiheit leben zu können.

Mich bewegt es sehr, wie Iraner und vor allem Iranerinnen gerade für ihre Freiheit ihr Leben aufs Spiel setzen und manche auch ihr Leben lassen. Mit einer heroischen Haltung und unbändigem Mut wagen sie sich auf Demonstrationen, zu Protestaktionen und gehen gegen das verbrecherische Mullah-Regime vor. Ich weiß, dass meine Worte nur wenig an der Situation in Teheran ändern. Und dennoch müssen wir immer wieder Zeichen der Solidarität setzen.

Lassen Sie mich betonen, dass wir in dieser Zeit natürlich weitere Flüchtlinge aus dem Iran aufnehmen, wenn dies nötig ist. Dies gilt auch, obwohl wir schon sehr viele Flüchtlinge aus vielen Staaten bei uns haben. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht steht in Artikel 16 unseres Grundgesetzes - und diesem Satz fühlen wir uns verpflichtet.

Dementsprechend können Männer und Frauen aus dem Iran, aus der Ukraine, aus Afghanistan oder aus anderen Staaten derzeit bei uns bleiben, und sie werden natürlich nicht zurückgeführt. **Ich sage diesen Satz sehr bewusst, und er beißt sich keineswegs mit unserer Linie, dass wir Migranten, die eben keinen Aufenthaltsstatus haben, konsequent abschieben.**

Diese klare Haltung ist übrigens eine Grundvoraussetzung, dass wir in Deutschland dauerhaft Zugewanderte integrieren können und Flüchtlingen helfen: Wir haben derzeit eine gewaltige Aufgabe vor der Brust, die Aufnahme von über 10.000 Menschen zu bewerkstelligen. **Insgesamt hat Rheinland-Pfalz im laufenden Jahr mehr Menschen aufgenommen als im gesamten Jahr 2015. Die Mittel für Migration und Integration haben wir dementsprechend im Doppelhaushalt auf 155 Millionen Euro erhöht.** Damit unterstützt das Land die Aufnahme- und Integrationsarbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den vergangenen Monaten und Jahren haben der Ukraine-Krieg und die Corona-Pandemie dazu geführt, dass auch unbequeme politische Maßnahmen beschlossen werden mussten. **Der Druck weitreichende Entscheidungen schnell zu treffen, war so groß wie nie zuvor.**

Ich sage mit einer kleinen Prise Selbstkritik, dass es uns Politiker*Innen nicht immer gelungen ist, unsere politischen Entscheidungen gut in die Öffentlichkeit zu kommunizieren. An der Stelle können und müssen wir besser werden. Und so dürfen wir uns nicht zurückziehen in Büros und in temperierte Sitzungsräume. **Wir müssen raus ins Leben; dorthin, wo es kracht und brodeln, manchmal**

riecht und stinkt. Genau dort müssen wir deutlicher erklären, was unsere Entscheidungsgründe sind. Es muss klarer werden, dass unsere Politik nicht klinisch rein ist, nicht durchgestylt. So ist sie nicht, wenn es um Energiepreise, um Flüchtlinge, diesen Doppelhaushalt und die Widerstandsfähigkeit unseres Landes geht. Unsere Grundbotschaft sollte dabei immer klar sein: **Rheinland-Pfalz ist resilient, und wird immer widerstandsfähiger.**